

An das Bundesministerium
für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zi.	77-GE/19 97
Datum:	6. OKT. 1997
Verteilt	7. Okt. 1997

Wien, 3. Okt. 1997

Dr. Hajek

Stellungnahme der Österreichischen Kinderfreunde
zum Entwurf eines Arbeits- und Sozialrechts-
Änderungsgesetzes (ASRÄG) 1997.
GZ 17.001/12-4/97

Die Österreichischen Kinderfreunde begrüßen folgende Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarkts und der gerechteren Verteilung in der Sozialversicherung:

- Die Einführung einer Bildungskarenz oder Freistellungen wie sie im Solidaritätsprämienmodell vorgesehen sind zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen als Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes
- Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Sozialversicherung
- Die höhere Eigenfinanzierung von Bauern und Selbständigen
- Die Anhebung des faktischen Pensionsalters
- Die Einbeziehung von geringfügig Beschäftigten in die Sozialversicherung

Folgende Punkte lehnen wir ab, da sie negative Auswirkungen auf sozial schwache Gruppen, vor allem für die weibliche Bevölkerungsgruppe, haben:

- Die Verlängerung der „besten Beitragsmonate“ von 180 auf 240 Monate bringt besonders für Arbeitnehmer mit einer zerklüfteten Erwerbsbiographie enorme Pensionseinbußen, dazu zählen Mütter nach einer längeren Kinderpause
- Das Einfrieren von Karenzgeld und Karenzgeldzuschuß, sowie Teilzeitbeihilfe und Notstandshilfe
- Die Anrechnungshöhe der Kindererziehungszeiten ist zu niedrig, sollte auf das Durchschnittseinkommen von Frauen angehoben werden

Für die Österreichischen Kinderfreunde

Mag. Sonja Brauner

Mag. Sonja Brauner
Familienpolitische Referentin

Kurt Nekula

Kurt Nekula
Bundessekretär